



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Heppenheim ist reif für den Wechsel

Berlin/Heppenheim, März 2005 – Im Rahmen seines Bürgermeisterwahlkampf hat es sich der erste Stadtrat Gerhard Herbert (SPD) zur Maxime gemacht, den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören und Rede und Antwort zu stehen. So auch geschehen bei einem SPD-Frühschoppen im Kupferkessel in Heppenheim-Mitte. Begrüßen konnte Gerhard Herbert neben zahlreichen interessierten Gästen auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht.

Lambrecht nahm Stellung zur Umsetzung von Hartz IV und der Situation im Kreis Bergstraße. „Der Kreis Bergstraße hat optiert und damit die Verantwortung für die Umsetzung von Hartz IV übernommen. Die Verantwortlichen in der Kreiskoalition haben angekündigt, dass sie Hartz IV besser umsetzen können, besser vermitteln können. Damit haben sie große Erwartungen bei den arbeitslosen Menschen geweckt. An den Erfolgen werden sie gemessen werden, ob sie ihren Ankündigungen auch Taten folgen lassen. Wir werden diesen Prozess im Interesse der betroffenen arbeitslosen Menschen sehr genau beobachten“, so die SPD-Bundestagsabgeordnete Lambrecht. Zu den Bedenken und Unverschämtheiten der CDU erklärte Lambrecht: „Gerade in den letzten Wochen hat die Union, sowohl Angela Merkel als auch CSU-Generalsekretär Söder oft den Boden des politischen Anstands verlassen“, so Christine Lambrecht. „Roland Koch fügt dem dann mit Forderungen nach Steuerleichterungen für ausländische Einkommensmillionäre noch entsprechend unsinnige Vorschläge hinzu“.

Bürgermeisterkandidat Gerhard Herbert nahm Stellung zu Heppenheimer Problemen. „Die Mehrheit aus CDU und FDP geht unverantwortlich und verschwenderisch mit den öffentlichen Geldern der Stadt Heppenheim um. Sie lassen sich von der Kreisregierung in unsinnige und teure Projekte verwickeln und versuchen ohne Not, Stadteigentum zu verscherbeln“, so Herbert. Als Beispiel nannte er das Vorhaben der Magistratsmehrheit, das erfolgreiche, kostengünstige und effiziente Müllsystem Heppenheims auf Druck des Kreises in einen kreiswei-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

ten Müll-Zusammenschluss zu integrieren. „Das Ergebnis für den einzelnen Bürger wäre: weniger Leistung für höhere Beiträge“, so Herbert. „Wer immer davon profitiert, es werden nicht die Bürger Heppenheims sein. Wo bleibt hier die Verantwortung von CDU und FDP für die Heppenheimer Bevölkerung?“ Diese Einschätzung wurde auch von anwesenden Bürgern geteilt, für die es nicht nachvollziehbar ist, wiese man für weniger Leistung jetzt mehr Geld zahlen solle.

Auch der Versuch, die Heppenheimer Stadtwerke nach Bensheim zu verkaufen, war ein Beispiel dafür, das CDU und FDP durch das Spekulieren mit öffentlichem Eigentum ihr eigenes Süppchen kochen wollen, zu Lasten der Menschen in Heppenheim. „Der Verkauf konnte gestoppt werden. Auch durch mein Zutun als Erster Stadtrat“, so Gerhard Herbert. „Das ganze Vorhaben ist ihnen mittlerweile so peinlich, dass sie versuchen, es anderen in die Schuhe zu schieben. Wo bleibt da die Glaubwürdigkeit von CDU und FDP?“

Die SPD mache hingegen konstruktive Vorschläge, wie man für die Stadt Geld einsparen könne. „Wir dürfen nicht nur den kleinen Leuten immer mehr Lasten aufdrücken, auch wir Politiker müssen Zugeständnisse machen“, so Herbert. „Wir haben beantragt, den Posten des hauptamtlichen Ersten Stadtrats ersatzlos zu streichen. Ein hauptamtlicher Bürgermeister als Verwaltungschef reicht aus. Das schaffen andere Kommunen von der Größe Heppenheims auch“. So könnten im günstigsten Fall durch den Wegfall des hauptamtlichen Ersten Stadtrats und die Wahl Gerhard Herberts zum Heppenheimer Bürgermeister für die Stadt 150.000,- Euro eingespart werden. „Wir müssen weitere Versorgungsfälle wie die ehemaligen Stadträte Ratje, Röckel und Reiter verhindern, die nach jeweils nur sechs Jahren auf Kosten der Stadt in den Ruhestand geschickt wurden“.

Christine Lambrecht sagte Gerhard Herbert als künftigem Bürgermeister von Heppenheim eine gute Zusammenarbeit zwischen und Bund Kommune zu. „Vor Ort muss eine Handlungsfähigkeit gewährleistet sein, so Lambrecht. Dazu habe der Bund durch eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

und die Entlastung durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe einen Beitrag geleistet“.

Heppenheim ist reif für einen Wechsel und wird mit Gerhard Herbert einen engagierten und tatkräftigen Bürgermeister haben, so Lambrecht.

